

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1907)
Heft: 9-10

Artikel: Aus der Geschichte der Friedensbewegung
Autor: Bächtold, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801649>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dieser Petition haben sich neben den 90 Ortsgruppen Tausende von deutschen Bürgern angeschlossen.

—o—

Aus der Geschichte der Friedensbewegung

von Hans Bächtold.

3. William Penns Abhandlung zur Erlangung eines europäischen Friedens.

William Penn ist eine höchst interessante Persönlichkeit. Am 14. Oktober 1644 in London als Sohn des britischen Vizeadmirals William Penn geboren, zeigte es schon in früher Jugend Hang zum zurückgezogenen Leben und Separatismus. Durch Thomas Læs Einfluss wurde er während seiner Studien im Christchurch College zu Oxford bewegt, sich den Quäkern anzuschliessen. Das hatte ernste Reibungen zwischen ihm und seinen Mitstudenten zur Folge und führte den Bruch mit seinem Vater herbei. 1668 fing er mit grossem Erfolge öffentlich an zu predigen; er machte viele Proselyten, namentlich unter den Frauen. Als im Jahre 1678 das englische Parlament strenge Massregeln gegen die Katholiken erliess, verteidigte Penn mit Eifer die Gewissensfreiheit, wodurch er sich viele Feinde schuf. Seine Schriften, in denen er diese und noch andere freisinnige Ideen predigte, brachten ihn mehrmals ins Gefängnis. Es gelang ihm aber, die Gunst König Karls II. und dessen Nachfolger Jakob II. zu erwerben, und dieser trat ihm für seine Schuldforderung von 16,000 Pfund Sterling an die Regierung ein grosses Landgebiet in Nordamerika am Delaware (Pennsylvanien) als Eigentum unter englischer Oberhoheit ab. Hier gründete Penn einen Staat, in welchem Glaubensfreiheit herrschte und jeder Unterschied der Stände verbannt war. Er sandte sogleich zwei Schiffe mit britischen Ansiedlern, versehen mit allen Erfordernissen für den Anbau, dorthin und öffnete allen wegen religiöser oder politischer Meinung Verfolgten eine Freistätte. 1682 ging er selbst dorthin und entwarf eine Verfassung, welche dann später die Grundlage der Verfassung der nordamerikanischen Staaten wurde. Die Kolonie blühte rasch empor, weil die Quäker, um Verfolgungen auszuweichen, in Scharen England verliessen. 1712 verkaufte er an England sein Eigentumsrecht an Pennsylvanien um 280,000 Pfund Sterling. Er starb in hohem Alter zu Berkshire am 30. Mai 1718.

Die Quäker verwarfen in ihrer strengen Moral von Anfang an den Krieg und verweigerten den Kriegsdienst. William Penn war überzeugt davon, dass der Krieg mit Leichtigkeit vermieden werden könnte, wenn sich die Staaten bequemen würden, eine über ihnen stehende Behörde anzuerkennen, wie dies die einzelnen Individuen nach dem Faustrechte getan hatten. Auf dieser Ueberzeugung ist seine Abhandlung aufgebaut.

Vor der Veröffentlichung seiner Abhandlung über den europäischen Frieden im Jahre 1693—1694 war dieser Gedanke noch nirgends geäussert worden, ausgenommen ungefähr 100 Jahre früher in König Heinrich IV. von Frankreich Entwurf. Ueber diesen Entwurf sind aber die französischen Geschichtsschreiber in ihrer Meinung geteilt, ob er wirklich von Heinrich IV. selbst herstamme, oder ob er diesem einfach durch den Herzog von Sully, seinem Minister, unterschoben worden sei, in dessen „Oeconomies Royales“ viele Jahre nach Heinrich IV. Tod der Entwurf erschien. Kein zeitgenössischer europäischer Schriftsteller erwähnt ihn. Duruy weist ihn Sully zu, und Kitchin hält ihn, so wie er uns vorliegt, für starke Uebertreibung wirklicher Pläne Heinrichs IV.

Wer aber auch immer den Entwurf, wie er in den „Oeconomies Royales“, oder in des Abbé de l'Ecluse's Mémoires de Sully, Vol. III, 30, vorhanden ist, prüft, wird bald davon überzeugt sein, dass sein Plan und derjenige Penns, trotzdem sie etwelche gemeinsame Gedanken enthalten, ganz verschieden sind voneinander, dass beide von ganz verschiedenen Grundsätzen ausgehen und geleitet werden. Der tiefere Grund des Entwurfes Heinrich IV. war die Abneigung und Angst vor dem Hause Oesterreich, vor dem in jener Zeit ganz Europa erzitterte, Frankreich nicht am mindesten. Frankreich musste von fernerer Gefahr gerettet werden. Der Anfang der Verwirklichung seines Entwurfes sollte die Schaffung einer Armee von mehr als 300,000 Mann Fussvolk und Reiterei sein, die die Staaten, die sich der Idee Heinrich IV. angeschlossen hatten, umfassen sollte. Der Kaiser sollte dann alle Eroberungsgelüste aufgeben und sich von nun an begnügen mit Spanien und den spanischen Besitzungen am Mittelmeer und in der Neuen Welt. Die Ungläubigen und ihre Fürsten, die die christliche Religion nicht annehmen wollten, sollten aus Europa vertrieben werden. Um unter der Christenheit selbst die durch die Reformation verloren gegangene Einheit wieder herbeizuführen, wurde eine eigentümliche Verständigung zwischen Katholizismus, Luthertum und Calvinismus, den drei vorherrschenden christlichen Bekenntnissen, vorgeschlagen. Keine andern Konfessionen sollten geduldet werden. In Ländern mit vorherrschend katholischer Bevölkerung sollte das Volk gezwungen werden, den Katholizismus anzunehmen oder das Land zu verlassen. Das gleiche Recht sollten die Länder anderer Konfession auch haben. In Ländern jedoch, wo sie alle oder doch 2 in gleichem Verhältnisse vorhanden wären, sollten alle geduldet werden, aber nie anders als in dem Verhältnis, in welchem sie zur Zeit des Abschlusses des Bundes existierten. Ganz Europa wurde eingeteilt in 15 Staaten, 6 Erbmonarchien, 5 Wahlmonarchien und 4 Republiken. Diese 15 Mächte, die so die christliche europäische Republik bilden sollten, sollten einen Senat von 15 Mitgliedern ernennen, welcher die oberste Aufsicht über zivile, politische und religiöse Angelegenheiten in Europa haben sollte. So sollte der Friede in Europa aufrecht erhalten werden.

Dieses Ziel, wenn es wirklich dasjenige Heinrich IV. war, war gewiss ein grosses. Aber soll man wirklich im Ernste glauben, dass durch diese militärischen und religiösen Massnahmen der Entwurf hätte verwirklicht werden können, selbst wenn ein Versuch unternommen worden wäre?

William Penn mag von diesem Plane die erste Eingebung erhalten haben, aber das ist sicher alles. Seine Abhandlung entstammt seiner tiefen, warmen Liebe, er ist eine jener Ideen, für die Penn Geld und Zeit geopfert hat. Sie hat denselben Ursprung wie sein „Heiliger Versuch“. Penn war vor allem ein praktischer Staatsmann. Er glaubte an die Durchführbarkeit seiner Idee. In Amerika hatte er einige Jahrzehnte früher seine Ideen verwirklicht und sie von Erfolg gekrönt gesehen. Jetzt wollte er den Gedanken anregen, sie auch auf die wichtigsten Staatsgeschäfte Europas anzuwenden. Wenn er die Macht gehabt hätte, wie er sie in seinen amerikanischen Kolonien hatte, würde er keine Zeit mit Worten verloren haben, sondern einfach einen europäischen Reichstag organisiert haben.

Aber zu seinen Lebzeiten und auch später war nicht die geringste Aussicht zur Ausführung seines Planes vorhanden, obgleich seine Abhandlung grosses Aufsehen erregte. Die souveränen Fürsten und die

Regierungen der Völker Europas waren alle dagegen. Sein Vorschlag sollte mit der Verwirklichung auf eine glücklichere Zeit warten, in der die Menschheit gelernt hat, christlicher und menschlicher zu sein. Ist die Zeit für den europäischen Frieden jetzt nach 200 Jahren noch nicht gekommen?

(Penns „Abhandlung“ selbst gelangt in den nächsten Nummern dieses Blattes zur Veröffentlichung.)

—o—

Schweizerischer Friedensverein.

Zürich. Einen schönen und glücklichen Tag hatte der Friedensverein Zürich am Sonntag den 21. April; denn Herr Nationalrat und Regierungsrat Dr. Alb. Gobat in Bern hatte die grosse Freundlichkeit, zu uns nach Zürich zu kommen, um hier zugunsten der Friedenssache einen öffentlichen Vortrag zu halten. Obschon gerade an jenem Tage in unserer Stadt ein hochwichtiger Wahlkampf stattfand, der die weitesten Kreise der Bevölkerung vornehmlich interessierte und absorbierte, und obgleich ein prächtiges Frühlingswetter die Leute mit Gewalt ins Freie lockte, wo zu dem Zürichs Jugend noch einen kostümierten, hübschen Umzug abhielt, so hatten sich dennoch im grossen Saale des Kaufmännischen Vereins im Seidenhof ungefähr 200 Personen, Damen und Herren, eingefunden, welche den einleitenden Eröffnungsworten des Vereinspräsidenten Pfarrer Thomann und vor allem dann dem einstündigen, vorzüglich orientierenden und aus dem Wichtigsten der Friedensbestrebungen etwas darbietenden Vortrage des Herrn Nationalrat Dr. Gobat mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Der geehrte Herr Redner hatte zum Thema gewählt: „A b r ü s t u n g u n d F r i e d e“; aber aus dem Vollen schöpfend und einem jeden zur Förderung seiner Kenntnisse und Verständnisse etwas bringend, bot er ein reichhaltiges Bild von der Friedenssache im grossen ganzen, von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, von ihren Bemühungen und Erfolgen, von ihren Anfeindungen und Niederlagen und dabei die wichtigern Fragen und Gebiete, wie: die internationalen Schiedsgerichte, den Haager Kongress, die Stellung der Schweiz zur Friedensbewegung, die interparlamentarische Union und die Abrüstungsfrage, prägnant hervorhebend und allseitig beleuchtend. Es war ein Genuss, den zwanglosen, aber instruktiven und reichbelehrenden Ausführungen zuzuhören, und warmer Dank mit starkem Beifall belohnten den Sprecher. Auch 25 neue Mitglieder wurden sofort gewonnen, so dass wir ebenfalls mit dem äussern Erfolge zufrieden sein dürfen. — In der Schweiz ist gegenwärtig die Friedenssache nicht auf Rosen gebettet; wir werden momentan nicht viel auszurichten vermögen; denn die leitenden Kreise und die Behörden bis hinauf zum Bundesrat stehen nicht zu unsern Bestrebungen. Aber die Friedensidee soll dennoch auch weiterhin von uns gehegt und gepflegt werden. *E. Th.*

—o—

Der englische Premierminister über die Abrüstungsfrage.

Am 9. Mai hielt Sir Henry Campbell-Bannerman bei einem Bankett der Liberalen Vereinigung in Manchester eine Rede, in der er u. a. ausführte: Von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Regierung ans Ruder kam, war sie der Ansicht, sie müsse der Haager Konferenz die Frage der Beschränkung der Rüstungen unterbreiten. Wir hegten die Hoffnung, dass die Grossmächte, unter ihnen Deutschland, sich für eine

Beteiligung an der Diskussion aussprechen würden. Heute wissen wir, dass diese Besprechungen ohne die positive Mitwirkung Deutschlands stattfinden werden, und wir wollen aus unserer grossen Enttäuschung kein Hehl machen. Es wäre vollkommen möglich gewesen, eine für alle Mächte annehmbare Formel zu finden, und wir hofften, dahin zu gelangen, dass auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Massnahmen zur Annahme gelangen würden, die späterhin Früchte gezeitigt und eine beträchtliche Verminderung der Rüstungen ermöglicht hätten, die gegenwärtig Europas Geissel sind. Ich verzweifle noch nicht an der Möglichkeit, zu irgend einem Resultat zu gelangen, allein es wird bedeutend schwieriger sein. Ich weiss, dass man uns die Absicht untergeschoben hat, wir wollten Deutschland durch die Frage einer Begrenzung der Rüstungen in Verlegenheit setzen. Die Regierung hat die vollkommene Offenheit, mit der der Reichskanzler in einer neulich gehaltenen Rede die Politik Deutschlands erörtert hat, gewürdigt.

—o—

Verschiedenes.

Ein Ausspruch Jaurès. Die Gewalten des Todes, welche die Nationen gegen die Ausländer aufhäufen, kehren sich öfters gegen die Mitbürger selber. Das Unglück der „Jena“ ist nur das Symbol des ständigen Verbrechens, namens bewaffneter Frieden — der da fortgesetzt die Völker schwächt und verwundet und ihre Macht und ihre Reichtümer zerstört. Das Pulver, welches explodiert und diejenigen tötet, die es verteidigen sollte, ist ein Bild jenes ungeheuerlichen Militarismus, der unter den Nationen, die er zu schützen vorgibt, Krankheit, Tod und Ruin verbreitet.

Der französische Generalkonsul in Danzig, Herr Graf Jouffroy d'Abbans, hat bei seiner Abreise von Danzig der dortigen Friedensgesellschaft, deren Mitglied er war, den fünffachen Jahresbeitrag übersandt, um, wie er schrieb, seine friedliebende Ansicht den Deutschen gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Die Haager Konferenz im belgischen Parlament. Am 13. März interpellierte der Sozialist Prof. Denis in der belgischen Kammer, warum Belgien sich nicht dafür verwende, dass die Abrüstungsfrage auf das Programm der zweiten Friedenskonferenz in Haag gesetzt werde, zumal Belgien an der Konferenz mit dem gleichen Recht teilnehme wie die andern Staaten. Die Aeusserung Denis' fand allgemeinen Beifall und wurde durch zwei weitere Mitglieder der Kammer gestützt.

Aus Oesterreich. Auf Anregung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamten-Vereine sind folgende Staatsbeamten-Vereine der österreichischen Friedensgesellschaft als Mitglieder beigetreten: Verein der k. k. Steueramtsbeamten in Niederösterreich, Verein der Beamten der k. k. Staatshauptkassen, Verein der k. k. Steueramtsbeamten in Steiermark, Postbeamtenverein Wien, Verein der Staatsbeamten in Brünn, Verein der Rechnungsbeamten der k. k. niederösterreichischen Finanz-Landesdirektion, Verein der k. k. Beamten der Wiener k. k. Krankenanstalten, Verein „Die Realschule“ Wien, Verein der k. k. Steueramtsbeamten im Küstenlande, Verein der k. k. Gerichtskanzleibeamten Oesterreichs, Staatsbeamten-Kasino-Verein Innsbruck, Klub státních úředníků v Praze, Prag.